

**Basler Stadtbuch**  
**Dossier 2016**

**Die Uni entzweit die beiden Basel**  
**Daniel Gerny**

## Die Uni entzweit die beiden Basel

### Daniel Gerny

Die Fasnacht ist ein zuverlässiger Gradmesser<sup>1</sup> für alles, was die Baslerinnen und Basler im zurückliegenden Jahr beschäftigt hat. Der FCB gehörte 2016 nicht mehr dazu, nachdem das Herbeischaffen des Meistertitels zur einschläfernden Pflichtübung geworden ist, und auf Verse über Deutsche und Zürcher können inzwischen selbst die grössten Lokalpatrioten gut verzichten. Es blieben: Donald Trump, Baschi Dürres Glatze – und ein aus fasnächtlicher Sicht bedauernswerter Landstreifen zwischen Basels nördlicher Stadtgrenze und dem Jura. Die Pointen-Salven, mit denen sich die Schnitzelbänggler das Baselbiet, seine desolate Finanzlage und die daraus resultierende Politik vorknöpfen, dokumentieren: Nie in den letzten Jahrzehnten war das Verhältnis zwischen den beiden Basel so spannungsgeladen wie seit der gescheiterten Abstimmung über die Kantonsfusion vor zwei Jahren. Die Nachbarn befinden sich, nicht nur in atmosphärischer Hinsicht, auf Konfrontationskurs.

Auch wenn die innerbaslerischen Irritationen im historischen Rückblick möglicherweise weniger gravierend erscheinen werden: In keiner Region der Schweiz lässt sich die Entfremdung zwischen Stadt und Land<sup>2</sup> so gut beobachten wie in der Nordwestschweiz. Das Jahr 2016 steht für die vorerst nur teilweise geglückte Suche nach dem richtigen Rhythmus für die ausser Tritt geratenen Partner in diesem Pas de deux. Und gleichzeitig zeigt sich in dieser Region beispielhaft für die Schweiz, wie umfassend die Abhängigkeiten zwischen Stadt und Umland sind. Die Verbindungen zwischen Zentrum und Agglomeration sind in Basel so eng wie in Bern, Zürich oder Lausanne, jedoch mit dem Unterschied, dass hier stets zwei kantonale Regierungen und Parlamente in die Entscheidungen involviert sind. In der Nordwestschweiz suggeriert die Kantonsgrenze einen Grad an Souveränität der beiden Kantone, der nicht mehr existiert.

Gesundheits-, Kultur-, Bildungs-, und Verkehrspolitik – in beinahe allen wichtigen Fragen machen sich Differenzen und ein unterschiedliches Selbstverständnis bemerkbar, doch Dreh- und Angelpunkt bildete im Jahr 2016 die Universität Basel. Die Hochschule ist seit über 550 Jahren<sup>3</sup> ein wichtiger Taktgeber für den Aufstieg Basels zur Humanisten- und Forschungsstadt mit weltweiter Ausstrahlung. Seit 2007 wird die Uni von den beiden Basel gemeinsam getragen und finanziert. Achtzig Prozent der Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stimmten der gemeinsamen Trägerschaft damals zu.

<sup>1</sup> [http://www.tageswoche.ch/de/2017\\_10/basel/744526/](http://www.tageswoche.ch/de/2017_10/basel/744526/)

<sup>2</sup> <https://www.nzz.ch/schweiz/studie-zu-abstimmungsergebnissen-stadt-land-graben-ersetzt-roestigraben-ld.127042> (Zugriff: 04.04.2017).

<sup>3</sup> <https://www.nzz.ch/wie-die-basler-vor-550-jahren-ihre-universitaet-planten-1.5464310> (Zugriff: 04.04.2017).

Die Universität prägt jedoch weiterhin die baselstädtische Identität weitaus stärker als diejenige der Landschaft: Das Zentrum der Hochschule befindet sich unverändert in der Stadt Basel, und obwohl mehr Studierende aus Baselland an die Uni kommen, steht bis heute kein universitäres Institut auf Baselbieter Boden – wenngleich sich die Debatte darüber 2016 intensiviert.<sup>4</sup> Die tiefe Verankerung der Uni in Basel, die viele Jahrhunderte zurückreicht, fehlt im Kanton Basel-Landschaft, auch aus historischer Sicht, praktisch völlig. Die gemeinsame Trägerschaft bleibt deshalb zehn Jahre nach dem Inkrafttreten ein Konstrukt, dass zwar den Fortbestand des Bildungsinstituts auf dem bestehenden Qualitätsniveau sichert, sich in den Wertmassstäben der beiden Basel aber höchst ungleich widerspiegelt. Pikanterweise deckt sich diese Innensicht mit der Aussenwahrnehmung: Seit Jahren wird dem Kanton Basel-Landschaft die Anerkennung als Hochschulkanton verweigert,<sup>5</sup> obwohl sich beide Basel gemeinsam für dieses Anliegen einsetzen: Universitäten gelten bis heute als städtische Institutionen.

Es erstaunt deshalb nicht, dass die schlechte Finanzlage im Baselbiet aufkeimende Zweifel am Nutzen der gemeinsamen Trägerschaft befeuert wie ein Brandbeschleuniger. Die Beiträge des Kantons Basel-Landschaft an die Uni Basel sind von ursprünglich 127 sukzessive auf zuletzt rund 170 Millionen Franken angestiegen, was angesichts der dramatischen finanziellen Lage des Kantons den Unwillen allein frankenmässig erklärt. Zu teuer, überdimensioniert<sup>6</sup> und im Baselbiet ohnehin schlecht verankert – die Universität entwickelt sich im Kanton Basel-Landschaft seit dem Scheitern der Fusionsinitiative und dem Sieg der Bürgerlichen bei den letzten Wahlen zum bevorzugten Objekt für Sparvorschläge. Im Raum steht seit Mitte 2015 das von der Baselbieter Regierung formulierte Sparziel, wonach ab 2018 25 Millionen Franken weniger an die Universität fließen sollen.<sup>7</sup> Da der Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft eine paritätische Finanzierung vorsieht, würden der Universität bei Umsetzung der Vorgabe 50 Millionen Franken fehlen. Die Uni sieht sich in ihrer heutigen Existenz bedroht.

Zur Disposition steht deshalb nicht nur der Finanzierungsschlüssel, sondern die gemeinsame Trägerschaft insgesamt, die jedoch nach weit verbreiteter Ansicht Garant für den Bestand einer konkurrenzfähigen Universität Basel ist. Auf Regierungsebene wurde dieses Risiko in beiden Kantonen schon früh erkannt. Bereits Ende 2015 reagierten die beiden Regierungen mit einem gemeinsamen Paukenschlag,<sup>8</sup> der über die Region hinaus für Aufsehen sorgte.<sup>9</sup> Am 29. Dezember wurde ein Vertrag zwischen den beiden Basel wirksam, der die Stadt dazu verpflichtet, dem Landkanton während der nächsten vier Jahre jeweils 20 Millionen Franken zu überweisen, insgesamt 80 Millionen Franken. Basel-Landschaft verpflichtet sich im Gegenzug unter anderem dazu, die Verträge über die gemeinschaftliche Trägerschaft der Universität Basel sowie über die Finanzierung von Kulturinstitutionen nicht zu kündigen.

Es ist ein beispielloser Plan, eine Art bi-kantonalen Finanzausgleich, wie er in keinem Gesetz vorgesehen ist und wie er in der Schweiz in dieser Form noch nirgendwo abgeschlossen wurde. Er soll den Partnern vier Jahre Zeit verschaffen, um die gemeinsame Uni-Trägerschaft wieder auf eine stabile Grundlage zu stellen. Im Grossen

<sup>4</sup> <http://bazonline.ch/basel/land/vier-unistandorte-im-baselbiet-in-pruefung/story/26266791> (Zugriff: 04.04.2017).

<sup>5</sup> <http://www.baselandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/abfuhr-fuer-uni-kanton-baselund-und-dies-nicht-zum-ersten-mal-130987711> (Zugriff: 04.04.2017).

<sup>6</sup> <http://www.bzbasel.ch/kommentare-bz/universitaet-basel-kein-partnerschaftliches-geschaef-131090322> (Zugriff: 04.04.2017).

<sup>7</sup> [http://www.tageswoche.ch/de/2015\\_28/basel/692895/Baselbieter-Regierung-will-den-Kanton-einer-Roskur-unterziehen.htm](http://www.tageswoche.ch/de/2015_28/basel/692895/Baselbieter-Regierung-will-den-Kanton-einer-Roskur-unterziehen.htm) (Zugriff: 04.04.2017).

<sup>8</sup> <http://www.baselandschaftlichezeitung.ch/basel/basel-stadt/basel-stadt-zahlt-baselund-jaehrlich-20-millionen-vertraege-bleiben-bestehen-129669903> (Zugriff: 04.04.2017).

<sup>9</sup> <https://www.nzz.ch/schweiz/basel-stadt-muss-finanzhilfe-leisten-1.18644409> (Zugriff: 04.04.2017).

Rat ist der 80-Millionen-Deal, wie der Kontrakt fortan in den Medien genannt wird, unumstritten. Auch der Baselbieter Landrat segnet die Vorlage mit grossem Mehr ab.

Doch überraschend ergreift die SVP Anfang Jahr das Referendum gegen einen Bestandteil des Deals, nämlich gegen die Sanierung der Pensionskasse der Universität, die die Partei für zu teuer hält. In dieser eher technischen und schwer vermittelbaren Vorlage, die überdies einen Nebenaspekt betrifft, geht es um einen Betrag von lediglich 15 Millionen Franken. Das Referendum wird zur Schicksalsfrage für die Zusammenarbeit zwischen den ungleichen Partnern: Weil der Transfer der 80 Millionen Franken von Basel nach Liestal auch an die Zustimmung zur Sanierungsvorlage geknüpft ist, würde die Ablehnung den Schiffbruch des gesamten Deals bedeuten – und damit das Scheitern der beiden Regierungen bei ihren Bemühungen zur Rettung der Partnerschaft der beiden Basel. Unweigerlich würden sich in einer solchen Lage Grundsatzfragen stellen, beispielsweise in Bezug auf die Zusammenarbeit im Kulturbereich, im Spitalwesen oder beim Agglomerationsverkehr. Die «Basellandschaftliche Zeitung» bringt es knapp zwei Monate vor der auf Anfang Juni 2016 angesetzten Abstimmung auf den Punkt: «Es geht um die Zukunft der Partnerschaft.»<sup>10</sup>

Gegen das Engagement der Baselbieter Regierung<sup>11</sup> und die geschlossene Front der übrigen Parteien, die alle für die Annahme der Pensionskassen-Vorlage plädieren, hat aber selbst die SVP trotz verbreiteter antistädtischer Reflexe keine Chance. Am ersten Juni-Wochenende befürwortet eine überraschend klare Mehrheit von 64,2 Prozent der Stimmenden die Vorlage.<sup>12</sup> Wichtiger als die Sanierung der Pensionskasse selbst ist die Signalwirkung, die von dieser Entscheidung ausgeht: Das Ergebnis der Urnenabstimmung setzt seit Langem wieder ein Zeichen für die Stabilität der Partnerschaft zwischen den beiden Basel.

Schon am Tag darauf zeigt sich, dass die Zustimmung zur Vorlage keineswegs als vorbehaltloses Votum zugunsten der Universität verstanden werden kann und die partnerschaftlichen Verstimmungen im Zusammenleben der beiden Basel alles andere als ausgeräumt sind. Am Sparziel von 25 Millionen Franken hält die Regierung – nicht überraschend – unbeirrbar fest. Die Baselbieter Politik erhöht den Druck auf die Hochschule in den nächsten Monaten sogar. Im Januar 2017 publiziert die kantonale FDP eine Studie, in welcher sie das Sparpotenzial für den Kanton Baselland auf bis zu 70 Millionen Franken beziffert.<sup>13</sup> Im Landrat werden die Forderungen mit entsprechenden Vorstössen untermauert.<sup>14</sup> Die schon seit Monaten und bis heute andauernden, eindringlichen Warnungen des Basler Erziehungsdirektors Christoph Eymann (LDP) und von verschiedenen Vertretern aus Wissenschaft<sup>15</sup> und Wirtschaft vor einem Abbau der Universität und den damit verbundenen Folgen für den Life-Sciences-Standort Basel scheinen jenseits der innerbaslerischen Grenze wenig Wirkung zu zeigen.

Dass die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) ihren baselstädtischen Amtskollegen Christoph Eymann – obwohl sie davon wusste – nicht vorab über die von ihrer Partei in Auftrag gegebene Studie informiert hat, demonstriert

<sup>10</sup> <http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/es-geht-um-die-zukunft-der-partnerschaft-130186182> (Zugriff: 04.04.2017).

<sup>11</sup> <http://www.bzbasel.ch/basel/baselbiet/anton-lauber-eine-haelftige-beteiligung-ist-nicht-sakrosankt-130300355> (Zugriff: 04.04.2017).

<sup>12</sup> <http://www.srf.ch/news/schweiz/abstimmungen/abstimmungen/abstimmungen-bl/baselbiet-sagt-ja-zur-pensionskassen-vorlage> (Tondokument, Zugriff: 04.04.2016).

<sup>13</sup> <https://epaper-service.azmedien.ch/Nachrichten/1001bzUni-p776741.html> (Zugriff: 04.04.2017).

<sup>14</sup> [http://www.fdp-bl.ch/images/stories/Mandanten/FDPKantonBaselland/Medienmitteilungen/MM\\_2017/2017-09-01\\_MM\\_FDP-Postulate-Uni-Basel.pdf](http://www.fdp-bl.ch/images/stories/Mandanten/FDPKantonBaselland/Medienmitteilungen/MM_2017/2017-09-01_MM_FDP-Postulate-Uni-Basel.pdf)

<sup>15</sup> <https://telebasel.ch/2017/02/09/seilziehen-um-uni-jetzt-redet-ueli-vischer/> (Interview Ueli Vischer, Fernsehbeitrag, Zugriff: 04.04.2017).

gleichzeitig, wie tief die Vertrauenskrise der beiden Partner inzwischen sitzt.<sup>16</sup> Im Stadtkanton sorgen die Pläne des Baselbieter Freisinns für Empörung, und zwar parteiübergreifend. Es gehört zu den interessanten Phänomenen im Zusammenhang mit der Basler Partnerschaftskrise, dass die geografisch bedingte Loyalität jegliche parteipolitische Verbundenheit bei Weitem übertrumpft:<sup>17</sup> Es sei «unhaltbar», was sich der Nachbarkanton leiste, empört sich beispielsweise ein baselstädtischer SVP-Abgeordneter im Zuge einer Debatte im Basler Grossratssaal – während seine eigene Partei in Liestal zu den lautesten Wortführern bei den Uni-Sparplänen gehört.<sup>18</sup>

Im Februar 2017 schliesslich fordert der Baselbieter Finanzminister Anton Lauber (CVP) im Landrat unmissverständlich eine Abkehr von der paritätischen Finanzierung der Universität. Inzwischen ist absehbar, dass es spürbarer Anpassungen des Finanzierungsschlüssels bedarf, wenn der Vertrag über die gemeinsame Trägerschaft über das Jahr 2021 hinaus Bestand haben soll.<sup>19</sup> Zu diesem Zeitpunkt läuft der derzeitige Leistungsvertrag aus. An seinem letzten Arbeitstag als Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt sieht sich Bildungsdirektor Christoph Eymann in dieser Situation zu einem flammenden Appell veranlasst: «Denn auf das grösste gemeinsame Werk unserer Region werden groteske, existenzbedrohende Angriffe gefahren», schreibt Eymann in der Basler Zeitung.<sup>20</sup> «Wir müssen kämpfen für eine auch in Zukunft bedeutende Universität, Stadt und Land gemeinsam!» Es sind ungewöhnliche Töne im Verhältnis zwischen zwei benachbarten Kantonen.

Der Streit um die Universität Basel dominiert die Politik im Jahr 2016; freilich ist es nicht die einzige Baustelle im partnerschaftlichen Verhältnis. Auch in der Spitalpolitik, die unter dem Eindruck der explodierenden Gesundheitskosten auf der Traktandenliste nach oben drängt, machten sich 2016 Erschütterungen bemerkbar. Hier marschieren die Gesundheitsdirektoren der beiden Kantone allerdings – anders als die Erziehungsdirektoren auf ihrem Gebiet – weitgehend im Gleichschritt:<sup>21</sup> Im September beschliessen die beiden Kantonsregierungen, das Unispital Basel und das Kantonsspital Baselland zu fusionieren. Die Gesundheitsdirektoren, Thomas Weber (SVP, BL) und Lukas Engelberger (CVP, BS), präsentieren ihre Pläne für eine vereinte Spitalgruppe gemeinsam. Dabei soll das Bruderholzspital in seiner heutigen Form aufgegeben und durch eine Tagesklinik für operative und interventionelle Eingriffe ersetzt werden.

Die Spitalfusion ist die logische Folge von Überkapazitäten in der Region Basel, die schon seit Jahren bestehen, im Baselbiet aber lange Zeit nur unzureichend ernst genommen wurden. Erst unter Weber, gewählt im Jahr 2013, kommt Bewegung ins Spiel. Es handelt sich aber – wie bei der Uni – um eine hochemotionale Angelegenheit. Vordergründig geht es ausschliesslich um eine adäquate Gesundheitsversorgung, doch sieht sich der Kanton Basel-Landschaft erneut mit der Frage nach seinem Rollenverständnis konfrontiert. Ein vollständiger Verzicht auf den Spitalstandort auf dem Bruderholz, wie ihn verschiedene Fachleute empfehlen, erweist sich als illusorisch. Ob die Fusion ein Erfolg wird, ist offen. Im Mai 2017 entscheiden die Baselbieter Stimmbürger gar über eine Initiative, die das Bruderholzspital in seiner bisherigen

<sup>16</sup> <http://bazonline.ch/basel/land/Eklat-bei-den-Bildungsdirektoren/story/12681868> (Zugriff: 04.04.2017).

<sup>17</sup> <http://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/streit-ums-sparen-zwischen-baselbieter-fdp-und-basler-ldp> (Streitgespräch, Tondokument, Zugriff: 04.04.2017).

<sup>18</sup> <http://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/das-bruderholz-spital-wird-es-so-bald-nicht-mehr-geben-129289514> (Zugriff: 04.04.2017).

<sup>19</sup> <https://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/der-uni-kostenteiler-wackelt> (SRF aktuell über Uni-Debatte im Landrat, Zugriff: 05.04.2017).

<sup>20</sup> <http://bazonline.ch/basel/stadt/Finger-weg-von-der-Universitaet/story/24506515> (Zugriff: 05.04.2017).

<sup>21</sup> <http://www.bzbasel.ch/basel/baselbiet/thomas-weber-und-lukas-engelberger-im-gespraech-wichtig-ist-dass-die-spitalgruppe-schnell-kommt-130856853> (Zugriff: 05.04.2017).

Form erhalten will – und so die Fusionspläne gefährden würde. Die nächste Nagelprobe steht bevor.

Das jahrelange Seilziehen um die Basler Spitalstandorte zeigt aber, dass die gereizte Stimmung zwischen den beiden Basel keineswegs ein auf die Region beschränktes Phänomen ist. Im Kanton Bern beispielsweise ist der Streit um Spitalstandorte seit Jahren ein Dauerthema, das im letzten Jahr ebenfalls zu einer Volksinitiative führte. Im Kanton Aargau wird seit letztem Jahr über den Kulturlastenausgleich in Zürich diskutiert.<sup>22</sup> Und auf eidgenössischer Ebene widerspiegelt insbesondere die anhaltende Debatte über den Finanzausgleich die Spannungen zwischen den Regionen.<sup>23</sup> Die Angst der ländlicheren Gebiete, von den Zentren verdrängt zu werden, aber für deren Kosten aufkommen zu müssen, prägt schweizweit die politische Auseinandersetzung.

In der Region Basel akzentuiert die entlang der Stadtgrenze verlaufende Kantonsgrenze den Gegensatz zwischen Stadt und Land und erschwert so die Zusammenarbeit zusätzlich. Bedeutungsvoller aber ist die historische Dimension: Entgegen der Entwicklung der beiden Basel zu einem einzigen Lebensraum hat sich im Landkanton als Spätfolge der Kantonstrennung ein trügerisches Gefühl der Stärke ausgebreitet. Dabei ist die tatsächliche Ausgangslage im Baselbiet ungemütlich: Nicht nur die gegenwärtige Finanzsituation ist miserabel, auch die Perspektiven sind schlecht. Jahrelang hatte der Kanton mit tiefen Steuersätzen und einem umstrittenen Bausparmodell die Stadtflucht angekurbelt und davon profitiert, jedoch darüber die Wirtschaft vergessen. Die Ära der Firmenansiedelungen der vergangenen zwei Jahrzehnte in der Schweiz wurde verschlafen, die Steuereinnahmen der juristischen Personen fehlen. Die demografische Alterung wird den Kanton besonders stark treffen. Unterdessen holt Basel-Stadt gewaltig auf. Die Pharmaindustrie in der Stadt floriert. Inzwischen ist Basel-Stadt für Baselland steuerlich auch bei Mittelstandsfamilien zur Konkurrenz geworden.<sup>24</sup>

Das Baselbieter Selbstverständnis, das sich seit der Kantonsgründung durch einen ausgeprägten Willen zur Abgrenzung von Basel auszeichnet, kann jedoch nur tragen, wenn der Landkanton stärker prosperiert als die Stadt. Mit der Verschlechterung der Lage im Baselbiet macht sich deshalb eine gewisse Orientierungslosigkeit bemerkbar. So sehr die Uni-Diskussion des Jahres 2016 von Zahlenspielen dominiert ist: Im Kern muss sich der Kanton Basel-Landschaft mit der Frage auseinandersetzen, wie er sich als Übergangskanton zwischen Stadt und Land positionieren will und welche Rolle er im Metropolitanraum spielen kann. Es zeigt sich: Auch nach der furiosen Absage an Fusionsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Stadt kann der Kanton Basel-Landschaft dieser Herausforderung nicht ausweichen.

#### Über den Autor

Daniel Gerny ist Journalist bei der NZZ.

<sup>22</sup> <https://www.nzz.ch/zuerich/aktuell/kulturlastenausgleich-dominoeffekt-fuer-zuercher-kulturhaeuser-befuerchtet-id.114208> (Zugriff: 05.04.2017).

<sup>23</sup> <https://www.nzz.ch/schweiz/die-fehde-um-den-finanzausgleich-1.18553099> (Zugriff: 05.04.2017).

<sup>24</sup> <https://www.nzz.ch/schweiz/basel-stadt-und-baselland-von-eigenstaendigkeit-keine-spur-id.4703> (Zugriff: 05.04.2017).



Neubau Biozentrum (Entwurf und Rendering: Ilg Santer Architekten GmbH)



Grundsteinlegung Neubau Biozentrum, 13. Mai 2014,  
Regierungsrat BS Christoph Eymann, Regierungsrat BL Urs Wüthrich, Bundesrat Johann Schneider-  
Ammann, Professor Dr. Erich Nigg, Direktor Biozentrum Universität Basel, Regierungsrätin BL  
Sabine Pegoraro, Regierungsrat BS Hans-Peter Wessels und Prof. Dr. Antonio Loprieno, Rektor der  
Universität (Foto: Universität Basel)





Fasnachtssujet BS/BL (Foto: Kathrin Schulthess)



Medienkonferenz zur Spitalfusion BS/BL, 2016, Lukas Engelberger (CVP BS, Mitte) und Thomas Weber (SVP BL, rechts) (Foto: Kathrin Schulthess)





Prof. Dr. Dr. h.c. Andrea Schenker-Wicki, seit August 2015 Rektorin der Universität Basel (Foto: Kathrin Schulthess)



Kollegienhaus der Universität, Petersplatz 1 (Foto: Universität Basel, Christian Flierl)





«Lange Nacht der Wissenschaft» aus Anlass des 555-jährigen Bestehens der Universität, 2015 (Foto: Kathrin Schulthess)



«Lange Nacht der Wissenschaft» aus Anlass des 555-jährigen Bestehens der Universität, 2015 (Foto: Kathrin Schulthess)



Meine letzten Worte als Basler Regierungsrat

# Finger weg von der Universität!

*Von Christoph Eymann*

Heute ist mein letzter Tag. Da sollte man doch friedlich Danke sagen. Stattdessen braucht es kurz vor der Schluss sirene noch einen letzten Einsatz. Das mag nicht sehr friedlich wirken. Aber der Grund ist Dankbarkeit: ein Dank an alle, die sich vor mir, mit mir und nach mir einsetzen, um die unvergleichliche Institution Universität vor Unbill zu schützen. Seit der allerersten Stunde im Amt vor 16 Jahren, und jeden Tag danach, durfte ich gemeinsam mit zahllosen wohlgesinnten wie kritischen Menschen, gerade auch aus dem Baselbiet, an der erfolgreichen Zukunft der autonomen und partnerschaftlich getragenen Universität arbeiten. Ihnen allen bin ich diesen Klartext schuldig. Denn auf das grösste gemeinsame Werk unserer Region werden groteske, existenzbedrohende Angriffe gefahren.

Die Erfolgsgeschichte der Region Basel, dem Lebensraum der Basler und Baselbieter, der Fricktaler und Schwarzbuben, der Markgräfler und Elsässer und aller tüchtigen Einwanderer dazu, (Frauen und Männer), ist einmalig. Diese Geschichte ist ausserdem simpel und schnell erzählt:

- > Im Mittelalter wurde hier die einzige Brücke weit und breit gebaut.
- > Danach wurde hier die erste Universität weit und breit gegründet.
- > Dazwischen liess man sich weder von der brutalen Pest-Epidemie noch von einem gigantischen Erdbeben entmutigen.
- > Alles Weitere hat sich dann gut ergeben. So viel zu dieser Geschichte.

Durchaus amüsiert nahmen wir deshalb kürzlich den politischen Versuch zur Kenntnis, die Mittlere Brücke zu schleifen. (Es ging ja nur um den Ersatz derselben.) Weniger lustig sind die politischen Angriffe aus dem Partnerkanton auf die Universität. Heutzutage genügt eine unsorgfältige Studie und angeblich aus ihr abgeleitete Postulate, um viel Unheil anzurichten.

## Weniger lustig sind die politischen Angriffe aus dem Partnerkanton auf die Universität.

Warum «unsorgfältig»? Aus korrekten Daten, natürlich auch vertraulichen, wären ja durchaus korrekte Schlüsse zu ziehen. Aber eben nicht, wenn andere Absichten verfolgt werden, nämlich die Behauptung, der Universität könnten problemlos 100 Millionen Franken entzogen werden, jedes Jahr. Wenn falsches statistisches Material einfließt. Wenn viele fachliche Fehler begangen werden. Wenn nicht einmal minimalste professionelle Standards eingehalten werden. Etwa dass die untersuchte Institution die Sache vor Publikation gegenlesen kann. Wenn also auch die letzte Chance verschenkt wird, eigenen Irrtümern auf die Spur zu kommen, dann ist das alles andere als sorgfältig gearbeitet.

### Was die Studie verschweigt

Es ist knapp zehn Jahre her, dass 80 Prozent der Baselbieter Wählerschaft ja zum Engagement bei der Universität sagten, weil man nicht als Trittbrettfahrer gelten wollte. Solches nennt man hierzulande «unumstritten», das beweist auch das Abstimmungsverhalten bei der Universitäts-Pensionskasse, weil sich Basel-Landschaft der eigenen Verantwortung für die gemeinsame Universität bewusst war. Die Baselbieterinnen und Baselbieter haben sich klar für die Universität ausgesprochen.

Wer in aller Welt ist Vater (oder Mutter) oder Ursache der bösen Gedanken? Eine ungleiche Partnerschaft in finanziell schwierigen Zeiten des Kantons Basel-Landschaft?

Davon kann nicht die Rede sein, wenn man nicht vergisst, dass der Kanton Basel-Stadt im letzten Jahr durch seine Regierung und sein Parlament 80 Millionen Franken ans Baselbiet beschossen hat, um Schaden von



**Mit ungeteilter Kraft.** Für den scheidenden Erziehungsdirektor ist eine gute Hochschulbildung unverzichtbar. Foto Keystone

gemeinsamen Institutionen abzuwenden. Schief lagen kommen irgendwann in jedem Gemeinwesen vor. Sie dürfen aber nicht behoben werden, indem gut funktionierende und äusserst wichtige Institutionen im Bereich der Bildung beschädigt werden.

Dass die Universität kein Geld vernichtet, zumindest nicht im grossen Stil, könnten viele Fachleute und Mitverantwortliche bezeugen. Mir fallen erfolgreiche Unternehmer ein. Zum Beispiel der ehemalige Präsident von Novartis und der UBS, Alex Krauer, der Präsident der Lonza, Rolf Soiron, und der Präsident der erfolgreichen Familienunternehmung Endress + Hauser, Klaus Endress. Alles Unternehmer, welche jahrelang als Mitglieder des Universitätsrats hautnah mit den Realitäten der Institution verbunden waren.

Ohne Zweifel bestens beschlagen mit allem, was strategische und betriebliche Planung und Kontrolle erfordert. Erfahren mit der wirtschaftlichen Größenordnung, die sich in einer Universität aus der Arbeit von 5000 qualifizierten Menschen für 13 000 Studierende ergibt. Einschliesslich Unterhalt eines

Betriebs, der nicht nur zeitgemäss ausgestattet sein muss. Sondern gerüstet für die Zukunft. Da sollen 100 Millionen Luft in der Rechnung sein? Die drei erwähnten Persönlichkeiten und auch andere Mitverantwortliche hätten sicher sofort Alarm ausgelöst.

### Ist Kritik verboten?

Nein, natürlich nicht. Und es ist auch nicht so, dass die in der Studie postulierten sinnvollen Verbesserungen die Führung der Universität auf dem falschen Fuss erwisch hätten. Es wäre ja fahrlässig, wenn sich eine so grosse Institution nicht laufend über Studienrendenzahlen, Immobilienkosten oder Studiengebühren Gedanken machte. Grobfahrlässig ist es aber, mittels einer fiktiven Addition dieser Faktoren kurzerhand Pläne zu schmieden, welche der Universität den Boden unter den Füssen wegziehen.

Man mag ja in die Weltetzen, die Uni Basel hätte mehr Studierende, als diese Region verkraften kann. Und sie sei immobilienmässig viel zu verzettelt. Da blicke man einfach nach Oxford oder Cambridge: Wo halb so grosse

Gemeinwesen die doppelten Zahlen stemmen. Und wo, historisch bedingt, der ganze Betrieb auf mehr als dreissig örtlich getrennte Colleges verteilt wird.

Und wie soll räumlich mehr Effizienz entstehen, wenn ausgerechnet die von beiden Regierungen beschlossene Raumstrategie der Universität torpediert wird und losgelöst von den Kostenfolgen verlangt wird, Fakultäten ins Baselbiet zu zügeln?

Die Schweiz ist nachweislich Innovationsweltmeister. Die von Basel-Landschaft und Basel-Stadt getragene Universität trägt wesentlich dazu bei. Nirgendwo sonst werden Jahr für Jahr pro Kopf so viele Patente erteilt wie in der Schweiz.

Wir schaffen das mit der international niedrigsten Maturandenquote und der geringsten Jugendarbeitslosigkeit weit und breit. Dies und eine schnelle Weiterleitung von Forschung in die Wirtschaft verdanken wir dem dualen Bildungssystem. Dafür werden wir endlich weltweit bewundert.

Doch eine Studie? Ja, aber was für eine! Wird der Geldhahn brutal zuge dreht, muss man sich wehren. Irgend-

wann muss sich auch die Universität selber dazu äussern. Zum Theater, das mehr oder weniger wohlmeinende, schlaue oder informierte politische Instanzen über ihren Kopf hinweg veranstalten.

### Eine neue Studie muss her

Eine Idee: in Ableitung berühmter historischer Worte. Die Universität soll nicht fragen, «was die Gesellschaft für sie tun kann». Stattdessen deutlich machen, «was sie für die Gesellschaft tut». Sie konzipiert und verfasst selbst eine umfassende, mehr als nur materielle Wertschöpfungsstudie. Nicht etwa, um das ohnehin Unbeweisbare zu beweisen. Sondern um das anscheinend nur schwer Fassbare zu veranschaulichen. Um selber kluge Vorschläge einzubringen. Um das verdiente Vertrauen in weitere Kreise zu tragen. Wo sonst, wenn nicht in der Universität, sind die Experten, die das können?

## Dass die Universität kein Geld vernichtet, können viele Fachleute bezeugen.

Unsere Ökonomen sollen erklären, warum eine Forschungsfirma in nur 19 Jahren von 0 auf 30 Milliarden Franken Wert wächst. In Allschwil war das übrigens. Humangeografen und Umweltwissenschaft sollen nachweisen, was ein Schwerpunkt kluger Köpfe in einer Region positiv bewirkt. Soziologen und Ethnologen sollen die gesellschaftlichen Gewinne aufzeigen, in Räumen mit überdurchschnittlicher Zuwanderung, Durchmischung und hohem Bildungsniveau. Die Naturwissenschaften, deren Nutzen ja weniger bezweifelt wird, sind für einmal weniger Akteure als Anschauungsobjekt: Warum funktioniert das so enorm gut in unserer Region Basel, soll aufgezeigt werden.

Das ist nur eine spontane, exemplifizierende Aufzählung. Es werden noch viele weitere Bereiche unserer gemeinsamen Universität Beiträge leisten können.

Insider werden jetzt einwenden, dass es alle diese Informationen bereits gibt. Das stimmt. Vielleicht ist aber diese aufgezwungene aktuelle Defensive Anlass für unsere gemeinsame Universität, einmal gebündelt und wohl dargestellt zu zeigen, was geleistet wird. Getreu dem Leitsatz der Elsässer Gemüsefrau auf dem Marktplatz: «Il faut bien présenter ses légumes!» Entscheidend ist aber: Feuer, Konzept und Auftrag dieser Studie müssen in der Universität selber angesiedelt sein.

### Warum so vehement?

Die Unsicherheit um die Finanzierung der Universität gibt es nicht erst seit der genannten Studie. Die unselige Blockade dauert schon viel zu lange. Sie hindert die Menschen in der Universität daran, gute Pläne für die Institution zu machen. Und schafft Anreize, persönliche Pläne besser woanders umzusetzen. Die Blockade verunsichert auch Familienangehörige der Mitarbeitenden.

Wir müssen kämpfen für eine auch in Zukunft bedeutende Universität, Stadt und Land gemeinsam! Das wahrgenommene Missverhältnis zwischen der Bedeutung dieser Weltklasse-Institution und dem Einsatz für ihre sichere und erfolversprechende Zukunft wollte ich mit diesen ungehörigen Zeilen ein bisschen verbessern.

Ab morgen bin ich, mit nunmehr ungeteilter Kraft, in Bern für die grosse und wichtige Sache unterwegs. Die gemeinsame Universität beider Basel – mit allen ihren Fakultäten – lässt mich nicht los. Und ich sie auch nicht.

Nach 16-jähriger Tätigkeit als Basler Erziehungsdirektor erlebt Dr. iur. Christoph Eymann heute seinen letzten Arbeitstag als Regierungsrat. Den Rückzug aus der Politik bedeutet das Ausscheiden jedoch nicht: Der 65-jährige Doyen der Basler Liberalen wird in Bundesbern weiterwirken. 2015 wurde Eymann in den Nationalrat gewählt. Dort war er bereits von 1991 bis 2011 vertreten.



# Kultursubvention des Kantons Baselland

## Die Baselbieter Regierung möchte die Mittel für die Zentren

# «In der Kultur wächst vieles langsam. Aber zerstört ist etwas schnell.»

Die Kulturvertragspauschale, mit der Baselland 16 Kulturinstitutionen von überregionaler Bedeutung unterstützt, soll halbiert werden: Um fünf Millionen auf fünf Millionen Franken. Philippe Bischof, Leiter der Abteilung Kultur beim Kanton Basel-Stadt, sagt im Gespräch, weshalb diese Kürzungen das Aus für manche wichtige Institution bedeuten würde.

VON SUSANNA PETRIN

**S**eit einigen Tagen herrscht grosse Aufregung und Sorge bei Kulturinteressierten in der Stadt und auf dem Land. Die neue Baselbieter Kulturdirektorin Monica Gschwind und mit ihr das gesamte Regierungskollegium hat angekündigt, massiv bei der Kultur zu sparen. Die Kultursubventionen, die das Land der Stadt für ihre regionalen Zentrumsleistungen abgibt, sollen halbiert werden. Das betrifft die sogenannte Kulturvertragspauschale, die 1997 vom Baselbieter Stimmvolk angenommen worden ist. Seither fliesst ein Prozent aller Steuererträge der natürlichen Personen im Landkanton in die Zentrumskultur auf Stadtboden. Das sind rund zehn Millionen Franken pro Jahr.

**Herr Bischof, kann Baselland das überhaupt, den Kulturvertrag einseitig kündigen?**

**Philippe Bischof:** Ja, der Kulturvertrag ist einseitig kündbar. Jeweils unter Wahrung einer Kündigungsfrist von einem Jahr auf Ende Jahr, also frühestens auf 2017. Wo die Deutungen auseinandergehen, ist, ob die Baselbieter Regierung das ohne Zustimmung des Landrats tun kann oder nicht.

**Kann Basel-Stadt die Baselbieter Regierung noch von dieser Absicht abbringen?**

Der Kanton Basel-Stadt will die Kulturpartnerschaft weiterführen. Diese ist einzigartig schweizweit und in den letzten 20 Jahren eindrucksvoll gewachsen. Wir hoffen, dass wir einen Weg finden jenseits der geplanten radikalen Kürzungen und jenseits der Kündigung. Im Vertrag steht im ersten Satz: «Die Parteien sind sich einig, dass der Kanton Basel-Stadt mannigfaltig und breit gefächert kulturelle Zentrumsleistung erbringt oder subventioniert.» Das ist unbe-

stritten immer stärker der Fall. Wir erwarten eine anteilige Beteiligung von Baselland an diesem Angebot, das zu einem grossen Teil auch von Baselbietern genutzt wird.

**Falls 50 Prozent der Gelder für die 16 via Kulturvertragspauschale mitfinanzierten Institutionen gestrichen würden, was bedeutete das für diese?**

Institutionen wie die Kaserne, die Orchester, die Gare du Nord oder das Junge Theater sind existenziell gefährdet ohne Ersatzleistungen. Das ist keine Dramatisierung - das ist so. Die Kulturvertragspauschale unterstützt ausschliesslich Bereiche oder Betriebe, die produzieren. Das ist in der Regel gegenwartsbezogene Kunst, das sind zeitgenössische Kunstproduktionen in den Bereichen

**«Institutionen wie die Kaserne, die Orchester, die Gare du Nord oder das Junge Theater sind existenziell gefährdet ohne Ersatzleistungen. Das ist keine Dramatisierung - das ist so.»**

Theater, Tanz und Musik - Museen sind nicht dabei. Diese Branche hat es ohnehin schon am schwierigsten, Drittmittel zu finden. Sie ist aber hochqualitativ und sehr bedeutend für die Entwicklung der Kunst. Ausgerechnet diese Branche mit ihren vielen jungen Produzierenden würde die Baselbieter Sparmassnahme nun treffen.

**Auf wen würde man eine gekürzte Kulturvertragspauschale verteilen?**

Das ist je nach Modell eine Verhandlungsfrage. Doch wenn auch nur eine Million fehlt, bedeutet das massive Opfer bei den Betroffenen. Drei Institutionen werden derzeit ausschliesslich über die Kulturvertragspauschale

subventioniert, mit 60 bis 80 Prozent ihrer Gesamtmittel. Fünf Millionen Franken entsprechen entweder etwa dem Gesamtbeitrag an das Theater Basel oder dem Beitrag an alle anderen. Dass eine solche Kürzung ohne Schliessungen gehen könnte, ist nicht vorstellbar.

**Kann die Stadt einspringen?**

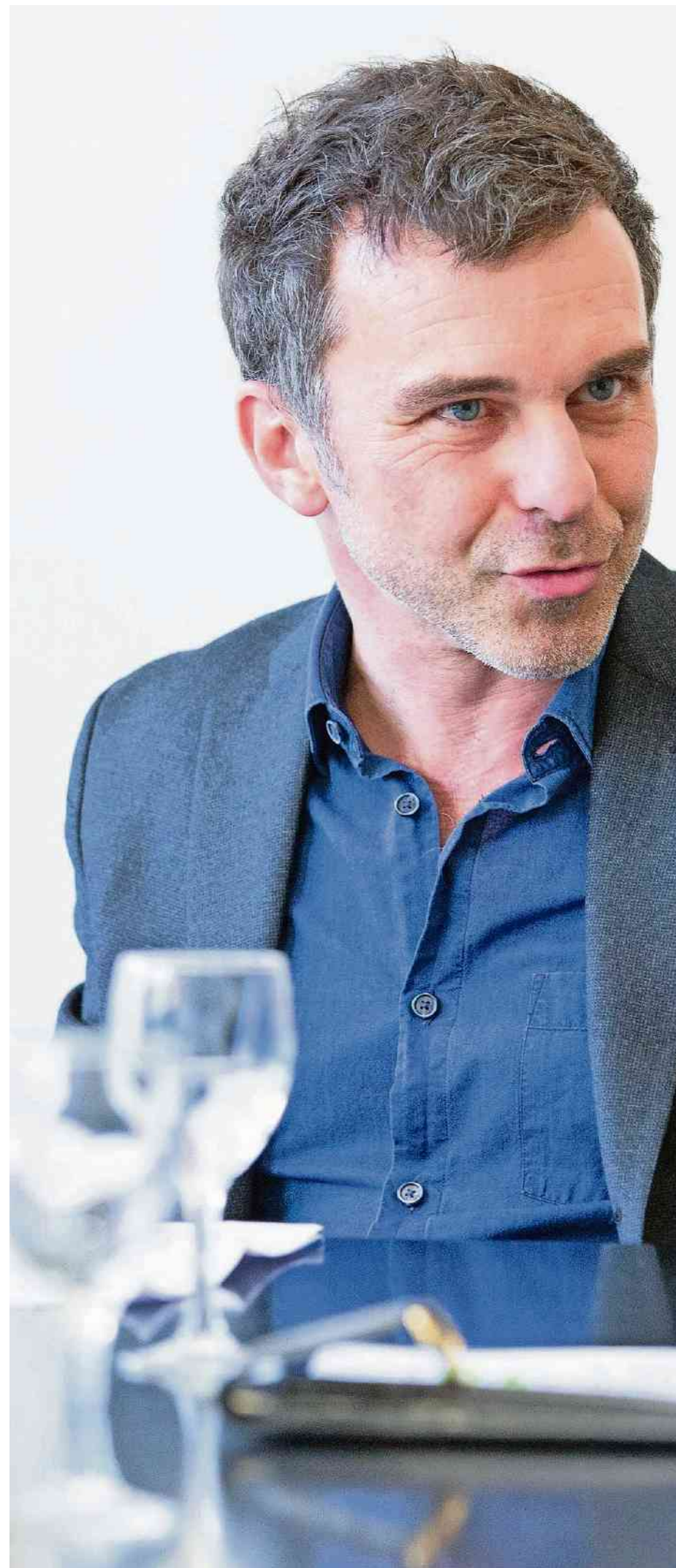
Die Stadt, das hat die Regierung deutlich gesagt, ist nicht bereit, diese fehlenden Mittel zu kompensieren. Sie investiert im Verhältnis zu Baselland bereits übermässig in die Kultur als Zentrumsleistung. Hinzu kommt, dass die ganzen Investitionen in das Theater Basel - die 70 Millionen für die Sanierung - ausschliesslich von der Stadt getragen werden; der Beitrag an die Stadtcasino-Sanierung ebenfalls.

**Könnte man die Lücken mit Swisslos-Geldern kompensieren?**

Das ist eine gefährliche Thematik. Die Swisslos-Gelder sind nicht dafür gedacht, Subventionen zu sprechen; sie sind projektorientiert. Es verstiesse gegen die Verordnung von Swisslos, Betriebe zu unterhalten. Ausserdem sind die Aufgaben, über die wir reden, staatliche Aufgaben. Es wäre also auch staatspolitisch heikel.

**Man redet auch in der Kultur immer öfter von Private Public Partnership. Könnten mehr Mittel mit Hilfe privatwirtschaftlicher Sponsoren generiert werden?**

Die Drittmittel sind in diesen Institutionen bereits hoch bis her hoch. Sie betragen im Schnitt ein Drittel bis 40 Prozent. Das ist enorm viel für diese Branche. Die Effizienz und Eigenwirtschaftlichkeit der betroffenen Betriebe lässt sich kaum mehr steigern; sie haben alle Möglichkeiten schon ausgereizt. Es ist möglich, dass Baselland seine Beiträge per 1. Januar 2017 streicht. Bis dahin sind es nicht mal mehr anderthalb Jahre. Die Kulturinstitutionen planen aber bereits längst ihr Programm für diese Zeit.



Basels Kulturchef Philippe Bischof will sich in Verhandlungen für die bedrohten Kultur-

Sie sind schon Verpflichtungen eingegangen: gegenüber Dritten und den eigenen Mitarbeitern. Es geht also auch um eine Frage der Verantwortung von Baselland. Da erwarten wir seitens Basel-Stadt eine Reaktion, die zumindest berücksichtigt, dass es frühestens per 2018 denkbar ist, über ein neues Modell zu reden. Alles andere ist planerisch und menschlich sehr schwer zu begründen. Und es ist auch unseriös.

**Eine weitere Möglichkeit könnte sein, dass Basel-Stadt mit rechtlichen Mitteln zum Zahlen zwingt. Im Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich steht, dass bezogene Leistungen auch abgegolten werden müssen.**

Diese Frage kann nur der Regierungspräsident oder die Gesamtregierung beantworten.

**Es klingt aber erfolgsversprechend: Man kann Baselland möglicherweise rechtlich dazu verpflichten, sogar mehr zu bezahlen**

**als bisher.**

Wir wünschen uns eine Partnerschaft. Diese sollte nicht auf Zwang beruhen, sondern auf der gemeinsamen Einsicht, was diese Region ausmacht. Ein Zwangsvorgehen ist politisch für mich das Unerwünschteste. Über 40 Prozent der Zuschauer am Theater Basel sind Einwohner des Kantons Baselland, beim Sinfonieorchester ist der Anteil ähnlich, bei der Kaserne rechnen wir mit 30 Prozent, beim Kammerorchester sind es sogar 50 Prozent. Es ist absolut belegbar, wie stark auch die Menschen, die im Baselbiet wohnen, die Kultur haben wollen. Darauf sollte unsere Partnerschaft beruhen.

**Aber wenn der eine Partner ständig zu allem Nein sagt, dann wird die Partnerschaft schwierig.**

Fairerweise muss man sagen, dass die Kulturpartnerschaft auf der Ebene der Projektförderung hervorragend läuft. Die Fachausschüsse sind schweizweit einzigartig. Bei Swisslos arbeitet man sehr gut zusammen.



# Kulturskulptur halbieren



institutionen einsetzen. BØRJE MÜLLER-NOLASCO

Und bisher hat die Kulturvertragspauschale sehr gut funktioniert. Natürlich wollte die Stadt immer mehr Mittel für das Theater, was zwei Mal von Baselland verworfen worden ist. Es gibt einen Wunsch nach mehr Mitteln, aber es war bisher noch kein Problem. Doch jetzt bekommen wir vielleicht eines, mit der Kündigung der Kulturvertragspauschale würde eine echte Not entstehen.

**Haben Sie Verständnis für die Situation von Baselland? Der Kanton ist in grosser Finanznot.** Wir mussten selber auch schon sparen, das ist nie schön. Die Frage ist, wo und wie gespart wird. Wenn man sieht, wie hoch die Sparmassnahmen bei der Kultur anteilmässig ausfallen, dann ist das stark überproportional. Das ist eindeutig ein Bekenntnis, das besagt: Die Kultur ist uns weniger wichtig als andere Bereiche. Das finde ich in einer Region, in der Kultur eine dermassen starke Bedeutung hat, sehr schwer nachzuvollziehen. Diese Region hat sich schon immer

## INFORMATIONSV ERWEIGERUNG?

### Gschwind schweigt

Die bz würde gerne auch die Ansichten Basellands zum Thema kennen. Einen Baselbieter Kulturchef, ein Pendant zu Philippe Bischof, gibt es aber nicht mehr. Gerne würden wir deshalb direkt der neuen Baselbieter Regierungsrätin und Kulturvorsteherin Monica Gschwind die Gelegenheit geben, über die geplanten Sparmassnahmen sowie ihre eigenen Visionen für die regionale Kultur zu sprechen. Seit einer Woche versuchen wir, einen Interviewtermin mit Monica Gschwind zu vereinbaren. Bisher vergeblich. Sie müsse zunächst abklären, ob die Regierungsrätin daran überhaupt ein Interesse habe, sagte eine Assistentin am Telefon. Später versprach ihr Generalsekretär, nochmal nachzufragen, ob

es Frau Gschwinds ernst sei, derzeit keinerlei Interviews zu geben. Wir warten immer noch auf eine definitive Antwort. Offenbar warten derzeit sehr viele Menschen auf eine Antwort von Monica Gschwind. Darunter viele Leiterinnen und Leiter etablierter Kulturinstitutionen. Sie müssten bereits die Saison ab 2017 planen. Das fällt schwer, solange sie nicht wissen können, mit welchen kantonalen Subventionen sie noch rechnen dürfen. Gschwinds Schweigen ist in dieser Lage bedrohlich, eine Sparankündigung noch kein Kulturprogramm und Informationsverweigerung kein Kommunikationsstil, der einer Regierungsrätin würdig ist.

SUSANNA PETRIN

als innovative Region mit starker Bildungstätigkeit bezeichnet, gerade auch im Kulturbereich. Die Menschen, die ausgebildet werden, brauchen Produktionsarbeit, Entwicklungsorte. Wenn man diese Orte gefährdet, fehlen die Strukturen, fehlen Präsentations- und Wahrnehmungsmöglichkeiten.

### Sehen Sie, sieht der Kanton Basel-Stadt, irgendwo Sparmöglichkeiten?

Die Kulturvertragspauschale ist ein sehr bewusstes Geschäft. Da drin sind Institutionen, von denen man überzeugt ist, dass diese die Kulturlandschaft ausmachen. Die Pauschale ist hochnötig, um die Existenz von 16 Institutionen in dieser Form zu sichern. Bei vielen Institutionen ist schon bei kleinsten Kürzungen sofort der Kernbestand gefährdet. Das Theater Basel müsste vermutlich auf eine Sparte verzichten.

### Und wenn man das gesamte Kulturbudget einbezieht: Gibt es Sparmöglichkeiten, Umverteilungsmöglichkeiten?

Wir haben gerade eine Sparübung hinter uns, bei der wir 800 000 Franken bei der Kultur einsparen mussten für die nächsten Jahre. Wir fördern zudem einen grossen Anteil nicht: Wir lehnen 40 Prozent der Gesuche ab. In der Kultur ist keine Luft drin, auch wenn manche Aussenstehende dieses Gefühl haben. Die Löhne der Kulturschaffenden sind ein Hohn, wenn man sieht, was sie leisten. Die Mittel für die Infrastruktur sind gering. Man muss ehrlich sagen: Es geht um ein Ja oder Nein. Und wir wissen alle: In der Kultur wächst vieles langsam. Aber zerstört ist etwas schnell.

### Was tun, wie lässt sich das Ende etablierter Institutionen abwenden?

Basel-Stadt versucht Baselland deutlich zu machen, dass es erstens Zeit braucht, ein neues Modell zu entwi-

ckeln. Zweitens wird man in der Verhandlung den harten Standpunkt vertreten, dass es mit einer derart rabiatierten Kürzung nicht möglich ist, die Kulturregion weiter zu betreiben. Und drittens soll entweder in einer neuen Vereinbarung der Kulturvertrag weitergeführt werden oder ein neues Modell entworfen werden.

### «Wir erwarten von Baselland eine Reaktion, die zumindest berücksichtigt, dass es frühestens per 2018 denkbar ist, über ein neues Modell zu reden. Alles andere ist planerisch und menschlich sehr schwer zu begründen.»

Nach Regierungsratpräsident Guy Morins und meiner Vorstellung ist das ein Lastenausgleichsmodell, bei dem wir uns auf zwei, drei Institutionen konzentrieren könnten. Darunter wären sicher das Theater Basel. Dieses Modell ist fair, klar und sehr verbindlich. Je nach Besucheranteil wird pro Angebot abgerechnet.

### Dann hätte die Stadt wiederum freie Mittel für die anderen Institutionen?

Ja.

### Und macht Baselland da mit?

Der Vorschlag ist deponiert, wir warten auf eine Reaktion. Wir freuen uns auf die Diskussion und sind verhandlungswillig. Wir wollen für alle Betroffenen so rasch als möglich Sicherheit schaffen.

### Wann? Es eilt ja.

Ja, es eilt wegen der Planung und wegen der bedrohlichen Stimmung. Und auch wir vom Kanton brauchen bald einen Entscheid, um die Subventionen 2017 zu planen. Wir hoffen, dass wir so schnell als möglich Klarheit haben. Im Sinne der kulturellen Vielfalt der Region!

## Zolli-Quiz

# Die Gewinner stehen fest

Über 100 bz-Leserinnen und -Leser haben beim neuen Online-Wochen-Quiz das richtige Lösungswort eingesendet. Es lautete – nicht ganz überraschend – «Zolli». Unter den erfolgreichen Quiz-Teilnehmern hat das Los entschieden: Gewinner eines 50-Franken-Büchergutscheins von Bider und Tanner sind Katja und Tobias Frei aus Basel. Das zweite bz-Online-Quiz bestand aus neun kniffligen Fragen rund um den

Basler Zolli. Es ist weiterhin auf der Website der bz verfügbar. Morgen erscheint das nächste Online-Wochenquiz und diesmal geht es um das Thema Baseldeutsch. Zur Vorbereitung schon einmal folgender Tipp: Kramen sie doch das Sutersche Wörterbuch wieder einmal hervor oder hören Sie sich ein paar Schnitzelbängg von der letzten Fasnacht an, dann geht das ganz bomaadig. (BZ)

## NACHRICHTEN

### LASTENAUSGLEICH Basler SP protestiert gegen Kürzungen

Die Basler Sozialdemokraten protestieren gegen die geplanten Baselbieter Kürzungen bei der Kulturpauschale. Damit werde eine zwanzigjährige Erfolgsgeschichte zunichtegemacht. In einem Vorstoss im Grossen Rat wird die Regierung aufgefordert, zu prüfen, ob Baselland damit nicht gegen das Bundesgesetz über den Lastenausgleich verstosse. Ausserdem soll in Erwägung gezogen werden, dass Basel-Stadt mit einer Übergangsfinanzierung in die Bresche springe, sollte Baselland seine Drohungen ernst machen und noch nicht vom Bund gezwungen worden sein, wieder zu bezahlen. (BZ)

### DURCHFABRT St. Johannis-Vorstadt für Velofahrer offen

Die St. Johannis-Vorstadt soll im Abschnitt zwischen Johanniterbrücke und Blumenrain in beiden Fahrtrichtungen für Velos und Mofas geöffnet werden. Das teilte die Basler Regierung am Montag mit. Damit könne «einem lange gehegten Wunsch der Velofahrenden entsprochen werden.» Demnach soll die neue Verbindung noch in diesem Herbst geöffnet werden. Der Abschnitt zwischen dem Blumenrain und der Johanniterbrücke soll in beide Richtungen befahrbar werden, womit der Umweg über die Spitalstrasse weg fällt. Die Diskussion um die Öffnung läuft seit Jahren, unzählige Velofahrer setzten sich über die geltenden Einbahn-Regelung grundsätzlich hinweg. (BZ)

### GESUNDHEIT Jeder Fünfte Jugendliche hat regelmässig Kopfweh

Von Migräne bis zu Spannungskopfschmerzen: Mehr als ein Fünftel der Basler Jugendlichen leidet gemäss der aktuellen schulärztlichen Befragung häufig unter Kopfschmerzen. Das ergibt die regelmässig durchgeführte Umfrage unter den Schülern des Kantons. Es wurden 1300 15- und

16-Jährige befragt. Meistens handle es sich demnach bei diesen Kopfschmerzen «nicht um eine schwerwiegende Erkrankung». Die Schmerzen könnten erfolgreich angegangen werden. Dazu hat der Schulärztliche Dienst einen Flyer gestaltet, der Jugendlichen Auswege aufzeigen soll. (BZ)

### STUDIE Babynasen büssen bei Schnupfen Mikroben ein

Wenn Babys Schnupfen haben, reduziert dies gemäss einer neuen Studie die Vielfalt der Mikrobenflora in der Nasenschleimhaut. Dies könnte das Risiko erhöhen, später chronische Atemwegserkrankungen zu bekommen. Basler Forschende stellten die Resultate am Jahreskongress der Europäischen Gesellschaft für Atemwegsmedizin vor. Frühere Studien hätten gezeigt, dass die Zusammensetzung der natürlichen Mikroorganismen etwa in der Lunge bei Personen mit chronischen Lungenkrankheiten anders sei als bei Gesunden. Ebenso sei bekannt, dass Vireninfektionen im Babyalter das spätere Auftreten von chronischen Erkrankungen wie Asthma begünstigen. Wie beides zusammenwirkt, hat das Team um Insa Korten von den Universitätsspitalern Basel und Bern nun erstmals nachgeprüft. (SDA)

### PROTEST Gewerkschaften forcieren den Taxi-Streit um «Uber»

Die Gewerkschaft Unia lässt in ihrem Kampf gegen das Mitfahrunternehmen «Uber» nicht locker. Sie will diese Art der Konkurrenz für traditionelle Taxi-Unternehmen verbieten lassen. Das von Taxifahrern unter Führung der Gewerkschaften gegründete Komitee «Uber verbieten» lanciert seine Petition morgen Mittwoch mit einer Protestaktion vor dem Bahnhof SBB. Mit der Petition will das Komitee die Regierung und die Mitglieder des Grossen Rates «daran erinnern, dass auf die Taxibranche mit dem Markteintritt von Uber ein Anbieter trifft, welcher sich nicht an die Vorschriften des gewerblichen Personentransportes hält». Dadurch entstünde «Uber» ein unfairer Wettbewerbsvorteil, der die Taxibranche «massiv in Bedrängnis» bringe. (BZ)



# Partnerschaft im Gegenwind

**Universität** Am 5. Juni gehts um viel mehr als um eine Pensionskassen-Sanierung. Die bz klärt die wichtigsten fünf Fragen

VON HANS-MARTIN JERMANN

## 1 Die Pensionskassen-Sanierung für die Uni-Mitarbeitenden ist ein sehr technisches Geschäft. Weshalb soll ich als Baselbieter Stimmbürger am 5. Juni an die Urne?

Am Beitrag des Kantons Baselland ans Vorsorgewerk für die Uni-Mitarbeitenden hängt weit mehr als die 15 dafür eingesetzten Millionen Franken. Sagt das Baselbieter Volk am 5. Juni Nein, so ist der 80-Millionen-Deal nichtig, den die Regierungen beider Basel im vergangenen Oktober ausgehandelt haben. Basel-Stadt leistet Entlastungszahlungen über 80 Millionen Franken (vier Tranchen à 20 Millionen von 2016 bis 2019) an den Landkanton. Letzterer verpflichtet sich im Gegenzug, die partnerschaftlichen Verträge zur Universität und zu gemeinsam subventionierten städtischen Kulturinstitutionen unangetastet zu lassen. Bestandteil der Verpflichtung ist zudem ein Ja des Landkantons zu Investitionen in den ETH-Standort Basel, zu Subventionen ans Schweizerische Tropeninstitut, das neu in Allschwil angesiedelt sein wird, und eben zu Beiträgen an die Pensionskassensanierung der Uni-Mitarbeitenden.

## 2 Hat die Vorlage also den Charakter einer Grundsatzabstimmung über die Partnerschaft mit Basel-Stadt?

Das kann man so sehen. SVP-Präsident Oskar Kämpfer, Kopf hinter dem Referendum gegen den Landratsbeschluss, hat im Abstimmungskampf zwar ausschliesslich Argumente ins Feld geführt, die aus seiner Sicht gegen die Beiträge an die Pensionskasse sprechen. Mögliche Konsequenzen der Abstimmung wie das Scheitern des 80-Millionen-Deals seien von der Regierung so gewollt, betonte Kämpfer. Es wird kaum bestritten, dass das Ergebnis vom 5. Juni Auswirkungen auf die weiteren partnerschaftli-



Das neue Biozentrum der Universität auf dem Basler Schällemätteli-Areal bauen Stadt- und Landkanton gemeinsam (Foto von der Grundsteinlegung). Muss die Partnerschaft nach dem 5. Juni neu ausgerichtet werden? ARCHIV ROLAND SCHMID

chen Verhandlungen zu zahlreichen Dossiers hätte. Ein Nein könnte mittel- bis langfristig gar das Ende der gemeinsamen Trägerschaft bei der Uni und der gemeinsamen Subventionierung von Kulturinstitutionen bedeuten.

## 3 Wie würde sich ein Nein am 5. Juni finanziell für Baselland auswirken?

Die kurz- bis mittelfristigen Folgen auf die Baselbieter Staatskasse wären zweifellos negativ: Für 2016 fallen dann Einnahmen über 20 Millionen Franken aus

Basel weg, ohne dass sich Kosten einsparen lassen. Auch 2017 bliebe der Nettoeffekt deutlich negativ, da den 20 Millionen weggefallenen Einnahmen bloss drei Millionen gesparte Pensionskassenbeiträge gegenüberstehen. Die Pensionskassen-Vorlage belastet Baselland in den Jahren 2017 bis 2021. Spannend wirds 2018: Dann könnte sich die - mögliche - Kündigung des Kulturvertrags mit Basel-Stadt erstmals positiv auf den Baselbieter Staatshaushalt auswirken. Die Zahlungen aus der Kulturvertrags-

pauschale liegen derzeit bei 10 Millionen pro Jahr. Richtig einschenken würden aber erst substanzielle Entlastungen durch eine Kündigung des Uni-Vertrags. Und dies ist erst per Ablauf der Leistungsperiode 2018 bis 2021 möglich.

## 4 Zurück zum Pensionskassen-Geschäft: Weshalb ist die Sanierung überhaupt nötig?

Das Vorsorgewerk der Universität Basel, das der Pensionskasse Basel-Stadt angeschlossen ist, kämpft wie viele an-

## ABSTIMMUNG VOM 5. JUNI

dere Pensionskassen mit sinkenden Renditen. Die Pensionskasse für die Uni-Mitarbeitenden unterscheidet sich diesbezüglich nicht von anderen Vorsorgewerken. Die anstehende Sanierung wird zur Hälfte von den Uni-Angestellten selbst übernommen. Dadurch sind sie materiell schlechter gestellt als etwa die Staatsangestellten, die bei der Pensionskasse Baselland versichert sind. Es handelt sich nicht um das erste Mal, dass Baselland Geld in die Uni-Pensionskasse einschiessen muss. Bereits 2011 leistete Baselland eine Zusatzfinanzierung von 25 Millionen Franken.

## 5 Weshalb stopft die Uni das Loch in der Pensionskasse nicht selber?

Ob die Uni dazu finanziell in der Lage ist, wird kontrovers beurteilt: Das Referendumskomitee rund um die SVP argumentiert, dass die Uni angesichts eines Jahresbudgets von rund 700 Millionen Franken und Bilanzrücklagen über 220 Millionen die Pensionskasse aus eigenen Mitteln sanieren könnte. Demgegenüber argumentiert die Baselbieter Regierung, dass die Eigenkapital-Basis der Uni nicht ausreichend sei, um die Ausfinanzierung der Pensionskasse vorzunehmen und gleichzeitig die im Leistungsauftrag vorgesehene Umsetzung der Strategie zu gewährleisten.

## Desaster und Chrampf verhindern

Vom Ja profitieren die Studierenden und die Baselbieter Steuerzahler

Ist die Universität beider Basel für Sie persönlich ein Garant für unseren Nachwuchs? Ist es nicht eine partnerschaftliche Institution, die vielen jungen Menschen ermöglicht, ihr erworbenes Wissen weiterzuentwickeln? Welche Bedeutung hat ein partnerschaftliches Geschäft für Sie? Ich denke, dass die beiden ersten Fragen mit einem klaren Ja zu beantworten sind. Zur dritten Frage: Ein partnerschaftliches Geschäft ist als zweites oder mehrseitiges Rechtsgeschäft zu qualifizieren. Im vorliegenden Fall handelt es sich um ein Partnergeschäft zwischen den Kantonen Baselland und Basel-Stadt sowie der Universität, gleichermassen finanziert durch die beiden Basel. Dieses Geschäft hat zur Aufgabe, eine Institution auf Erfolgskurs zu halten, die es jungen Menschen erlaubt, an einer hervorragenden Universität mit qualifiziertem Personal zu studieren. Ein Stillstand in Forschung und Lehre hätte katastrophale Folgen für die beiden Basel. Eine Abwanderung der Studierenden wäre die Konsequenz.

Dass Reformen der Pensionskasse innerhalb eines partnerschaftlichen Geschäfts zu einer Hauptpflicht gezählt werden dürfen, bedarf nicht eines Vermerks im Vertrag selbst, da dieser Posten zum Kerninhalt eines Staatsvertrages gehört. Es ist deshalb sehr erstaunlich, dass gewisse Kreise sich der Verpflichtung verweigern, die Pensionskasse der Universität beider Basel zu sanieren. Ein klassischer Fall von Vertragsverletzung liegt vor. Bei der Finanzierung der Pensionskassenreform kann weder von Willkür noch von einem finanziellen Desaster für die Trä-

gerkantone gesprochen werden. Die Kosten von 63 Millionen Franken sind wie folgt aufgeteilt: Wechsel vom Leistungsprimat auf das Beitragsprimat, Senkung technischer Zins von 4 auf 3

Prozent, Besitzstandskosten 30 Millionen. Im Unterschied zu den Trägerkantonen beteiligen sich die Versicherten mit 50 Prozent an den Kosten, will heissen, dass Baselland und Basel-Stadt noch je 3 Millionen Franken pro Jahr leisten müssen. Eine faire Lösung für alle Beteiligten!



**PRO**

Caroline Mall  
SVP-Landrätin, Reinach

Dass eine Universität mit enormen Kosten verbunden ist und für die Trägerkantone einen der grössten Finanzposten darstellt, ist unbestritten. Mit Blick auf die Zukunft geht es darum, den Staatsvertrag beziehungsweise die neue Leistungsvereinbarung der Finanzkraft der beiden Trägerkantone anzupassen. Gegen dieses Anliegen kann kaum jemand sein. Der Finanzkraft muss im neuen Leistungsauftrag 2018 bis 2021 eine zentrale Rolle beigemessen werden. Hören wir auf, mit unsinnigen Aktionen und Verweigerungen gut aufgelegte Verhandlungen in den Sand zu setzen und auf die 80 Millionen Franken des Partnerkantons für insgesamt vier Jahre zu verzichten. Diese sind im Übrigen kein «Nasenwasser» angesichts des jährlichen Budgets des Kantons Baselland von rund zwei Milliarden Franken. Jeder gesparte Rappen ist Balsam für die Steuerzahler. Es gibt am 5. Juni nur ein klares Ja zur Uni - den Studierenden und der Kasse des Kantons Baselland zuliebe. Ein Nein bedeutet «Desaster und Chrampf» für unsere Steuerzahler und schränkt die Handlungsfreiheit unseres Kantons in jeder Hinsicht ein.

### DIE DEBATTE

## Soll Baselland die Sanierung der Uni-Pensionskasse mitbezahlen?

Das Vorsorgewerk für die Mitarbeitenden der Universität Basel ist aufgrund veränderter Rahmenbedingungen auf zusätzliches Kapital angewiesen. Die Regierungen beider Basel haben deshalb für die Jahre 2017 bis 2021 eine Zusatzfinanzierung von 30 Millionen Franken beantragt, die von den Kantonen je hälftig und über fünf Jahre getragen werden soll. Für Baselland fallen demnach 3 Millionen pro Jahr an. Die Baselbieter SVP hat gegen den Landratsbeschluss das Referendum ergriffen. Allerdings sind selbst innerhalb der SVP nicht alle der gleichen Meinung, wie diese Pro- und Kontra-Beiträge beweisen.

**Was ist Ihre Meinung?**  
Diskutieren Sie online mit.  
**Pro und Kontra**



## Es ist wie beim Fussball

Kanton kann bei Uni-Finanzierung nicht mit Champions mitspielen

Der FC Basel ist verdienterweise erneut Schweizer Fussballmeister. Die Überraschung bei den Fans und Medienschaffenden war nicht sonderlich gross, da das Kader dank der Uefa-Millionen das breiteste der Schweizer Liga ist. Der Basler Vereinsführung und ihrem klugen wirtschaftlichen Haushalten gebührt der grösste Dank, denn sie lässt sich auch durch Millionengewinne nicht blenden. Es zählen einzig Leistung, Konstanz und Seriosität. Nicht nur aus sportlicher, sondern vor allem aus wirtschaftlicher Sicht. Das Gegenteil war bei den Glasgow Rangers der Fall. Vor vier Jahren stieg der schottische Vorzeig-Club in die vierte Liga ab. Ein Schuldenloch von über 160 Millionen Euro hatte sich geöffnet, und die Geldgeber waren nicht mehr bereit, immer grössere Geldmengen in den Verein zu pumpen. Durch diesen Grössenwahn und die Hoffnung auf das grosse Geld in der Champions League verloren die Verantwortlichen jegliche Bodenhaftung, bis zum Schluss die Insolvenz den Zwangsabstieg zur Folge hatte.

Ähnlich verhält es sich im Kanton Baselland mit der Universität Basel. Der Kanton Baselland möchte mit seinen jährlich 170 Millionen Franken in der Champions League der Universitäten mitspielen, kann aber nur mit buchhalterischen Kniffen ein finanzielles Fiasco in seiner Staatsrechnung verhindern. Laut Universitätsvertrag sind wir als Trägerkanton zu 50 Prozent an den Kosten beteiligt. Da weder bei der Universität Basel noch im Stadtkanton ein Sparwille erkennbar ist und die Expansion ungebrems weiter gehen wird, wird der von uns zu zahlende Kosten-

anteil weiter ansteigen. Das Zückerchen Universitätsstandort in Liestal möchte ich gar nicht weiter kommentieren, denn auch diese Seifenblase wird zerplatzen, wie schon viele andere Versprechen vorher.



**KONTRA**

Markus Graf  
SVP-Landrat, Maisprach

Im Baselbiet wird bei der Schulbildung der eigenen Kinder gespart. Der öv und die Kantonsangestellten sind den Sparmassnahmen unterworfen. Mit diesen Einsparnissen sollen nun Studierende und Professoren aus dem Ausland und anderen Kantonen unterstützt werden. Im Moment können wir mit unseren finanziellen Möglichkeiten nicht in der Liga der Champions mitspielen. Wenn sich Basel-Stadt eine solch kostspielige Universität leisten will, und dies dank der florierenden Industrie auch kann, dann bitte ohne uns. Die «geschenkten 80 Millionen» blockieren den finanziellen Handlungsspielraum des Baselbiets in den nächsten Jahren. Das Baselbiet ist weiterhin an Verträge gebunden, die eine Gesundung unserer Kantonsfinanzen in weite Ferne rücken lassen.

Die Abstimmung über die Sanierung der Pensionskasse der Universität Basel ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie soll als Neuanfang für die partnerschaftlichen Beziehungen der beiden Kantone stehen, damit sie gestärkt in die Zukunft blicken können. Aus Baselbieter Sicht ist es mir lieber, noch ein paar Jahre in der Nationalliga A um den Titel zu spielen, als einen Zwangsabstieg hinnehmen zu müssen. Darum ein Nein auf dem grünen Abstimmungszettel mit der Nummer 10. Die Baselbieter Steuerzahler werden es Ihnen danken.

## Audio- und Video-Beiträge



### **Wie weiter nach dem Nein zur Kantonsfusion?**

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 02.10.2014, 2:54 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2016/2016-05.html?media=0ee996ee-4385-4683-babf-e5354e7a2988>



### **«80-Millionen-Deal» für Partnerschaft BS/BL**

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 23.10.2015, 6:51 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2016/2016-05.html?media=29238fd1-e8fc-46c9-95bb-1e2d87e16be1>



### **Grosser Rat diskutiert «80-Millionen-Deal» kontrovers**

(Radio SRF, regional diagonal, 11.11.2015, 2:05 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2016/2016-05.html?media=85749dab-9428-452c-a2d4-a138400c0aec>



### **Umsetzung der Spitalfusion BS/BL**

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 15.09.2016, 3:44 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2016/2016-05.html?media=394df161-3cdc-49d4-b862-598505c6a2e8>



### **Kulturpartnerschaft BS/BL in Gefahr**

(Telebasel, 09.04.2016, 1:39 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2016/2016-05.html?media=69e05e40-bf6c-4666-8ca2-e4bde167c925>

## **Impressum**

Basler Stadtbuch, Dossier 2016:  
Die Uni entzweit die beiden Basel

Redaktion: Christoph Merian Stiftung, Abteilung Kultur

Redaktionsschluss: April 2017

Lektorat und Korrektorat: Dr. Rosmarie Anzenberger

© 2016 Leitartikel: Daniel Gerny

© 2016 Abbildungen: siehe Bildlegenden

© 2016 Tagespresse: siehe eingebundene PDFs

[www.baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch)

## **Nutzungsbedingungen**

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://baslerstadtbuch.ch) ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [www.baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung, [www.cms-basel.ch](http://www.cms-basel.ch)  
[www.baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch)